

BLICKPUNKT RUSSLAND Vor 75 Jahren griff Hitlerdeutschland die Sowjetunion an. Dieses Ereignis endete für viele Europäer in einer Katastrophe. Ausgerechnet zum Jubiläumstag beschließt die EU eine Verlängerung ihrer Sanktionen gegen Russland.

Der Wahn der „Herrenrasse“

„Unternehmen Barbarossa“ zielte auf Vernichtung – am Ende lag auch Deutschland in Schutt und Asche

In wenigen Wochen wollten die deutschen Generäle in Moskau sein. Vor 75 Jahren fiel die Wehrmacht in Russland ein. Deutsche Panzer preschten Dutzende Kilometer am Tag vor. Doch der Feldzug endete in einer Katastrophe.

Von Peter Gärtner

BERLIN. Er denkt noch oft zurück an jenen Krieg, der schon so lange zurückliegt und der sein Leben und das seiner Generation so nachhaltig veränderte. Zwar werden die Lücken im Gedächtnis größer, doch Ludwig Baumann kann sich auch nach 75 Jahren noch immer an Details erinnern, die sich ihm tief eingebrannt haben.

„Als der Überfall auf die Sowjetunion begann, haben wir befürchtet: Jetzt greift Hitler nach der Weltherrschaft. Das war wie ein Schock. Erst hatte die Wehrmacht Polen in sechs Wochen besiegt, dann Frankreich in Blitzgeschwindigkeit überrollt. Die Wochenschauen zeigten Bilder von Zehntausenden gefangenen Soldaten nach den ersten großen Kesselschlachten im Osten, die das Schlimmste befürchten ließen.“ Dem heute 94-jährigen Baumann, der von sich sagt, er sei damals kein politisch denkender Mensch gewesen, war das weitverbreitete Gefühl grenzenloser deutscher Überlegenheit genauso fremd wie die den Vernichtungskrieg begleitende Propaganda von der Herrenrasse und den russischen Untermenschen.

„Aber zur Wahrheit gehört auch, dass Hitler im Sommer 1941 jede Abstimmung mit großer Mehrheit gewonnen hätte. Fast das ganze Land befand sich in einem Siegesrausch, der an Wahn grenzte.“ Am frühen Morgen des 22. Juni vor 75 Jahren startete unter dem Decknamen „Unternehmen Barbarossa“ der Angriff auf einer 2130 Kilometer breiten Front zwischen Ostsee und Schwarzem Meer. Mehr als drei Millionen Soldaten schlugen los, Panzerdivisionen rückten in den ersten Tagen bis zu 400 Kilometer vor, fügten der Roten Armee grauenvolle Verluste zu.



Doch Hitlers Traum vom Blitzkrieg im Osten, der einhergehen sollte mit der Zerschlagung des Bolschewismus, der Ausrottung der osteuropäischen Juden und der Schaffung von neuem deutschen „Lebensraum im Osten“, wurde bereits ein halbes Jahr später zum Albtraum.

Vor Moskau gestoppt

Zwar sahen im November 1941 deutsche Panzerspitzen durch ihre Scherenfernröhre in weiter Ferne die Türme des Kreml, doch im beginnenden eisigen Winter setzten die Truppen Stalins erfolgreich zum Gegenangriff an. Von nun an wurden sie auch von den Rüstungsschmieden Nordamerikas unterstützt, nachdem Hitler den USA den Krieg erklärt hatte. Baumann saß zu dieser Zeit auf einem beque-

men Posten. In Bordeaux hatte er damals als Marinegefreiter im Hafen Beutegut zu bewachen. „Die schrecklichen Bilder aus diesem Eiswinter von den frierenden und hungerten Menschen in Russland haben uns noch in unserer Absicht bestärkt, nicht mehr Soldat sein, nicht töten zu wollen. Sie waren für mich und meinen Freund Kurt Oldenburg ein wichtiger Auslöser zur späteren Desertion.“

Mithilfe französischer Widerstandskämpfer gelang ihm und seinem Kameraden Oldenburg im Sommer 1942 die Flucht aus der Hafenkompanie – bis sie von einer Streife gestellt wurden. Der Hamburger Kaufmannssohn wurde danach zum Tode verurteilt. Zehn Monate saß er in der Todeszelle, wurde dann begnadigt, musste im Emsland-KZ

Esterwegen Torf stechen und kam vom NS-Militärgefängnis Torgau aus mit dem Strafbataillon 500 an die Ostfront. In Weißrussland sah er, wie Einheiten von SS und Wehrmacht ganze Dörfer dem Erdboden gleichmachten, „verbrannte Erde“ und Leichenberge hinterließen – bis er schwer verletzt im Wehrmachts-Lazarett von Brunn landete. Der heute in Bremen lebende Vorsitzende der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz kam dann vorübergehend in russische Gefangenschaft nach Glatz (heute Klodzko in Polen), wo er das Kriegsende 1945 erlebte. Dem Deserteur half nun ausgerechnet sein Soldbuch, in dem nicht nur die Zugehörigkeit zum Strafbataillon vermerkt war, um entlassen zu werden. Bis zum Ende des „Unternehmens Barbarossa“

Zweiter Weltkrieg: Überfall auf die Sowjetunion



Wenig Gegenwehr spürte die deutsche Wehrmacht in den ersten Tagen nach ihrem Einfall in die Sowjetunion (Bild links). Doch nach großen Gebietsgewinnen wendete sich das Blatt – spätestens nach dem Fall von Stalingrad im Winter 1942/43 (Karte). An die geschätzt rund 27 Millionen Opfer auf sowjetischer Seite erinnern heute europaweit zahlreiche Gedenkstätten.

Foto: epd

NOZ-Buch zum Kriegsende

Als nach fast sechs Jahren Krieg am 8. Mai 1945 die Waffen schwiegen, lag Europa in Trümmern. Im NOZ-Buch „Der Zwei-



te Weltkrieg – das Ende“ werden die wichtigsten Ereignisse und Entwicklungen des Zweiten Weltkriegs nachgezeichnet. Das

Buch ist als **E-Book** (7,99 Euro) sowie als **gedruckte Ausgabe** (19,99 Euro) erhältlich – bestellbar in den Geschäftsstellen Ihrer Tageszeitung sowie auf noz.de/shop.

KOMMENTAR

Geschichte wachhalten

Aktuelle Themen wie die Brexit-Debatte, die Flüchtlingskrise oder die Russland-Sanktionen verstellen den Blick auf ein entscheidendes Datum für die Entwicklung hin zum heutigen Europa: den Angriff Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion vor 75 Jahren. Angesichts der Erfahrungen auf allen Seiten mit diesem Untergangsszenario im Zweiten Weltkrieg ist es erstaunlich, wie sehr sich Abschottung und Nationalismus auf dem Kontinent inzwischen wieder Bahn gebrochen haben.

In Deutschland hat der Bundestag zwar gerade eine Resolution zum Völkermord an den Armeniern im Osmanischen Reich verabschiedet, aber das Gedenken an die mehr als 25 Millionen Toten des 1941 begonnenen Vernichtungsfeldzugs der Nationalsozialisten allein auf sowjetischer Seite ist hierzulande



Von
Norbert
Meyer

wenig ausgeprägt – ganz anders als in Russland und vielen Nachfolgestaaten des ehemaligen Stalin-Reiches.

Auch wenn Kremlchef Wladimir Putin triftige Gründe dafür liefern mag – dass der Westen ausgerechnet jetzt seine Wirtschaftssanktionen gegen Russland wegen des gewaltsamen Konflikts in der Ukraine verlängert, sollte nachdenklich stimmen. Deshalb ist es gut, wenn gerade deutsche Politiker auf Dialog setzen und darauf dringen, dass Geschichte, die Europa an den Abgrund geführt hat, auch dann nicht vergessen wird, wenn die letzten Zeitzeugen gestorben sind.

n.meyer@noz.de

EU verlängert Sanktionen gegen Moskau

Dennoch mehren sich Zeichen für Entspannung: Gabriel plant offenbar Russlandreise

Von Detlef Drewes

BRÜSSEL. Tagelang hatte es so ausgesehen, als ob die EU die Sanktionen gegen Russland vielleicht doch lockern würde. Doch dann ging es schnell: Die EU-Botschafter der 28 Mitgliedstaaten verständigten sich gestern bereits bei ihrer ersten Sitzung zu dem Thema darauf, die Wirtschaftssanktionen gegen Russland und die Krim zunächst bis Ende Januar 2017 zu verlängern.

Damit bleiben die Reiseverbote für 149 Spitzenpolitiker und Unternehmer der Russischen Föderation und der annektierten Halbinsel Krim (sie wurden schon in der Vorwoche verlängert) ebenso in Kraft wie die Lieferverbote für die Öl- und Gasindustrie sowie das Embargo für Rüstungs- und Technologie-Güter. Die Geldinstitute des Landes erhalten auch weiter keinen Zugang zum europäischen Kapitalmarkt. EU-Touristikunter-



Will Dialog ankurbeln: Sigmar Gabriel.

Foto: dpa

nehmen dürfen keine Reisen auf die Krim-Halbinsel anbieten.

„Es gab keine Alternative dazu“, begrüßte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko den Beschluss der Mitgliedstaaten, der einstimmig fiel. An der formellen Bestätigung des Beschlusses durch die Europaminister der 28-EU-Mitglieder am Freitag gibt es keine Zweifel. Außerdem müssen noch die beiden Parlamente in Frankreich und Großbritannien befragt werden. Doch das sei lediglich eine Formalie, mit Widerspruch werde nicht gerechnet, hieß es gestern aus dem Kreis der Botschafter.

Die zügige Entscheidung kam überraschend, weil sich in den vergangenen Tagen mehrere Mitgliedstaaten für eine Lockerung ausgesprochen hatten. Vor allem Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) sorgte mit seinen Äußerungen zum Rückbau der Strafmaßnahmen für Irritationen, da die Bundeskanzlerin sich bereits auf eine Verlängerung für sechs Monate festgelegt und dies dem amerikanischen Präsidenten Barack Obama beim G-7-Gipfel in Japan zugesagt hatte. Aber auch Italien, Ungarn, die Slowakei und Griechenland wollen eigentlich von den Sanktionen wegkommen, um die angespannte Lage ihrer Wirtschaft entspannen zu können.

Doch die von Moskau für eine Lockerung verlangte Gegenleistung ist noch nicht erbracht worden. Oberstes Kriterium, so wurde gestern noch einmal in Brüssel betont, sei die Umsetzung des

Minsker Friedensabkommens für die Ostukraine. Dort jedoch sei die Entwicklung „völlig unbefriedigend“, hieß es aus der EU-Kommission. Die Schuld dafür liegt aber nicht nur in Moskau, sondern auch in Kiew. So weigert sich die ukrainische Regierung, die längst geforderten Lokalwahlen in den Gebieten abzuhalten, die von den prorussischen Separatisten besetzt gehalten werden. In Kiew wiederum verweist man auf die permanenten Verletzungen der Waffenruhe.

Dennoch spekulierten Diplomaten in Brüssel gestern, dass dies möglicherweise „die letzte Verlängerung“ gewesen sein könnte. Es gebe „durchaus Bewegung“. Dazu könnte unter Umständen auch ein Besuch von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel in Moskau passen, der offenbar bereits in Planung ist.

Die EU und Moskau: Berichte und Meinungen auf noz.de/politik

PRESSESCHAU

BERLINER MORGENPOST

Das Blatt meint zur Nato-Kritik von Außenminister Steinmeier:

„Des deutschen Außenministers Kotau vor Putin gilt in Wirklichkeit wohl mehr der Linkspartei. Jetzt, da SPD-Chef Gabriel im ‚Spiegel‘ für Bündnisbereitschaft auch mit den heimischen Putin-Verstehern plädiert, gibt ihm Steinmeier außenpolitischen Flankenschutz. Dass selbst er Parteitaktik vor Verlässlichkeit stellt, weckt alte Sorgen [...] vor einem deutschen Sonderweg.“

die tageszeitung

Die Berliner Zeitung kommentiert die Erbschaftsteuerreform:

„Wenn drei Parteien etwas beschließen müssen, das sie nicht wollen, kommt ein Gesetz wie das zur Erbschaftsteuer dabei heraus: Niemand weiß, ob dadurch mehr Einnahmen [...] fließen. Ohne diese Neuregelung hätte Karlsruhe von sich aus Regeln festlegen können. Und die wären womöglich härter ausgefallen als das neue Gesetz, das wieder vor dem höchsten deutschen Gericht landen wird. Die Große Koalition hat Firmenerben Zeit gekauft – und bis zum nächsten Urteil eine Menge Geld geschenkt.“

Freie Presse

Das Chemnitzer Blatt meint zu SPD-Chef Gabriels Koalitionsüberlegungen:

„Wenn die SPD tatsächlich wieder politisches Gewicht zurückgewinnen will, muss sie sich endlich festlegen. Es bringt nichts, mal ein bisschen mehr und mal etwas weniger nach links zu hüpfen, in der Hoffnung, mit jedem Sprung ein politisches Signal an irgendein Lager oder eine bestimmte Wählergruppe auszusenden. Wer wie Gabriel strategisch und inhaltlich dauernd herumhüpft, offenbart dem Wähler vor allem eines: dass er keinen festen Standpunkt hat.“

Der neue Tag

Die Tageszeitung aus Weiden beschäftigt sich mit dem Weltflüchtlingsstag:

„Das Problem der 500 Millionen Europäer ist auch nicht ein vermeintlicher Ansturm, sondern die fehlende Solidarität. So müssen allen voran Deutschland, aber auch Schweden und einige andere Länder die Last alleine schultern. Die Schande aber, dass das Meer im Süden des Kontinents zum Massengrab [...] wird, lastet auf allen europäischen Regierungen.“

HISTORISCH

22. Juni

1633 – Der italienische Astronom Galileo Galilei widerruft vor der Inquisition seine Lehre, welche die Sonne als Mittelpunkt des Universums betrachtet.

1953 – Der Berliner Senat beschließt zum Gedenken an die Opfer des Arbeiteraufstands in der DDR die Umbenennung der „Berliner Straße“ in „Straße des 17. Juni“.

1990 – In Berlin wird der alliierte Kontrollpunkt Checkpoint Charlie in Anwesenheit der Außenminister der vier Siegermächte und beider deutscher Staaten abgebaut.

2001 – Bundestag und Bundesrat stimmen dem Vorschlag des Vermittlungsausschusses zu, den Opfern des SED-Regimes höhere Renten zu gewähren.